

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

125 (2.6.1921)

# Beilage zur Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

### Briand und Oberschlesien.

Der französische Ministerpräsident hat, so schreibt die „Zeff. Ztg.“ in einem lehrreichen Artikel, in seinen Ausführungen über Oberschlesien zwar in der Form maßvoll und entgegenkommend, in der Sache aber mit einer so stark vorgefassten Meinung gesprochen, daß bei einer solchen Einstellung eine unbefangene Würdigung der Ansprüche, über die der Oberste Rat zu entscheiden hat und welche doch die Voraussetzung für die auch von Herrn Briand betonte lokale Ausführung des Friedensvertrags sein muß, gar nicht recht denkbar ist.

Herr Briand hat sich für die lokale Ausführung des Friedensvertrags ausgesprochen; was er aber tatsächlich vertritt, steht im Widerspruch mit dem Sinn und Wortlaut des Friedensvertrags, da es weder der tatsächlichen Mehrheit noch den geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Er hat von vornherein die falsche These vom historischen Anspruch Polens auf Oberschlesien aufgestellt, das, wie er sagte, vor 600 Jahren durch Gewalt an Deutschland gekommen sei. Wenn man die Rechtmäßigkeit der Besitzverhältnisse auf so lange Zeit zurückverfolgen will, so würde gerade Frankreich recht schlecht fahren. Über Briands historische Erörterung ist auch sachlich unrichtig. Wie Reichsminister Dr. Wirth in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Allgemeinen Deutschen Zeitung“ zutreffend auseinandergesetzt hat, besteht ein historischer Anspruch der Polen auf Oberschlesien überhaupt nicht, denn Oberschlesien ist nicht vor 600 Jahren durch Gewalt an Deutschland gekommen, sondern es ist vor 900 Jahren gewaltsam von Polen erobert worden und 200 Jahre später, also vor 700 Jahren, hat es sich infolge des Verzichts des polnischen Großherzogs Wladislaus Kasanowski, also auf völlig friedlichem Wege von Polen getrennt. Auch der Übergang Schlesiens an Preußen durch den Siebenjährigen Krieg kann nicht für den polnischen Anspruch ins Feld geführt werden; denn Oberschlesien war damals nicht polnisches, sondern deutsches Land. Und deutsches Land ist es geblieben und geblieben nicht bloß gemäß dem Willen seiner Bewohner, sondern vor allem durch die deutsche Kultur- und Wirtschaftsarbeit, die allein ihm seinen heutigen Wert gegeben und seine Bodenschätze erschlossen und entwickelt hat. Darum wäre es ein ungeheures historisches Unrecht, den durch diese Arbeit erwirkten Anspruch einfach zu kasieren und nun alles Polen preiszugeben, dem keinerlei Verdienst um Oberschlesien zukommt.

Und nicht anders steht es mit den sonstigen Ansprüchen, die Briand für Polen geltend macht. Vor allem ist seine Zahlenrechnung falsch. Schon daß er die „Emigranten“ Stimmen besonders anführt, ist ungenügend, da der Friedensvertrag alle Stimmen gleich rechnet; diese Stimmen aber einfach alle als deutsche zu bezeichnen, ist nicht nur willkürlich, sondern auch eine tatsächliche Unwahrheit, zu der Herr Briand seine unehrlichen politischen Informanten verleitet haben. Überhaupt, wenn man die Bevölkerungsmitteilung Oberschlesiens ins Auge faßt, so ist erstens die glatte Scheidung zwischen deutsch und polnisch bei einem großen Teil der Bevölkerung überhaupt schwer möglich, sodann aber muß man sagen, daß gerade auch ein ansehnlicher Teil der polnisch stimmenden gar keine geborenen Oberschlesier waren, sondern zugewanderte Polen, die im Industriegebiet lohnende Arbeit gesucht und gefunden haben. Da sind die „Emigranten“ gewiß mehr berechtigt gewesen, über das Schicksal ihres Geburtslandes mitzuzuschließen. Aber auch ohne sie wäre noch eine ansehnliche deutsche Mehrheit vorhanden gewesen. Es ist deshalb eine unerhörte Behauptung, daß die Abstimmung für Polen entschieden habe. Gerade das Umgekehrte ist bei der deutschen Zweidrittelmehrheit der Fall. Auch für das Industriegebiet allein trifft die französisch-polnische Behauptung nicht zu. Ohne Pöhl und Abbitz mit den durch den wildesten Terror erzielten polnischen Mehrheiten ist im eigentlichen Industriegebiet eine ansehnliche deutsche Mehrheit erreicht worden trotz der Abwanderung von Tausenden von Deutschen, und auch mit diesen beiden Kreisen ist die deutsche Stimmzahl nahe an die Mehrheit herangekommen.

Wenn die reichen Minenagenden, wie Frankreich es will, Polen zugesprochen werden, dann sind die schlimmsten wirtschaftlichen Schäden die unmittelbare Folge: für Deutschland, das unentbehrliche Wirtschaftsgebiete verliert und damit in seiner industriellen Produktion, der Voraussetzung seiner Reparationsleistungen, außerordentlich beeinträchtigt wird, und erst recht für Oberschlesien, dessen Gedeihen auf den staatlichen Zusammenhang mit Deutschland angewiesen ist. Vor diesen wirtschaftlichen Wirkungen hat offenbar auch Herr Briand einige Sorge. Deshalb sprach er selbst von der Gefahr, daß eine unerfahrene Leitung das reiche Industriegebiet vernichten könne, und wie auf die Verpflichtung Polens hin, Deutschland 15 Jahre lang aus Oberschlesien Rohstoffe zu den heutigen Bezugsbedingungen zu liefern, und auf die paritätische Verteilung Oberschlesiens an den Reparationsverpflichtungen. Aber kann er im Ernst glauben, daß es irgend eine Möglichkeit gibt, Oberschlesien unter polnischer Herrschaft auf seiner wirtschaftlichen Höhe und überhaupt so leistungsfähig zu erhalten, um auf die Dauer irgendeine der ihm auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen? Er sprach davon, Polen müsse auch die Mittel zum Leben haben. Damit ist deutlich genug gesagt, daß Oberschlesien zur Lebenshaltung und zur Bereicherung Polens dienen soll, woran die Bewohner dieses Landes gewiß das allerbeste Interesse haben. Aber Polen würde doch nicht reicher werden, sondern nur Oberschlesien mit ihm verarmen. Polen hat gar nicht die Fähigkeit und die Kräfte, um die Industrieentwicklung in Oberschlesien ohne die Deutschen auf der Höhe und überhaupt auch nur aufrecht zu erhalten. Statt aufzubauen wird es nur zerstört und die Deutschen, die, wie in den abgetretenen Gebieten, mit unausgesetzten Plackereien, Vermögensschädigungen und Bedrohungen zu rechnen hätten, würden unter polnischem Regime sehr bald freiwillig oder gezwungen dem Lande scharenweise den Rücken kehren. Herr Briand sollte sich einmal in Polen zuverlässig erkundigen, wie die polnische Wirtschaft dort gewirkt hat. Dann würde er sehr bald von der Illusion geheilt werden, daß Polen mit Oberschlesien sich für die Schuldzahlung leistungsfähiger erweisen und daß Oberschlesien in seinem Verband irgendeine der ihm auferlegten Verpflichtungen erfüllen werde. Polen hat, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, in seinem eigenen Besitz Bodenschätze genug, die nur der richtigen Ausbeutung bedürfen. Oberschlesien verliert mit der Trennung

von Deutschland sein natürliches Absatz- und Lieferungsgebiet, ohne dafür die Möglichkeit eines Ausgleichs zu erhalten. Es würde ungeheuer an Konkurrenzfähigkeit einbüßen und einen großen Teil seiner Industrie bald einstellen müssen. Der Anschluß an Polen würde für das Industriegebiet also die Vernichtung, die gewaltsame Zerstörung einer durch jahrhundertelange Arbeit erreichten Höhe bedeuten.

So sieht die Gerechtigkeit aus, von der Herr Briand sprach, von der aber das französische Handeln nichts erkennen läßt.

### Wie schützt man sich vor Feuerschaden?

Von Oberlehrer Adolf Wang, Heidelberg.

III.

**Brandstiftung.** Diese muß mit aller Macht bekämpft werden, weil noch ein Viertel aller Brände auf sie entfällt. Man bewahre die Streichhölzer so auf, daß sie Kindern unter 8 Jahren unzugänglich sind. Beim Fortgehen schließe man die Zündhölzer ein. Das Spielen der Kinder mit Streichhölzern ist strafbar und mit unerbittlicher Strenge; das Spielen anderer Kinder damit müssen sie zu verhindern suchen und sofort anzeigen. Einen Brand müssen sie sofort anzeigen! Sie dürfen sich nicht unter Betten usw. verstecken oder davonlaufen. Man stelle der Jugend vor Augen, daß die meisten Brandstiftungen heutzutage doch zuletzt herauskommen, daß man nur den wirklichen abgeklärten Brandstifter erhält, nicht aber jenen für die große Betriebsstörung, man also mit einer Brandstiftung heutzutage ein sehr schlechtes Geschäft macht, daß unter einer Brandstiftung oft so viele Unschuldige entsetzlich leiden müssen, ja den Tod dabei finden können und auch so viele Tiere, daß also ein Brandstifter zum Abscham der Menschheit gehört! Man mache die Jugend auch mit den schweren gesetzlichen Strafen bekannt.

Schon wer in großer Fahrlässigkeit einen Brand stiftet, der erhält meist keine Brandentschädigung, wohl aber bis zu 3 Jahren Gefängnis!

Wer vorsätzlich einen Brand legt, erhält bis zu 15 Jahren, beim Tode eines Menschen infolge des Brandes lebenslänglich Zuchthaus (Jede Brandstiftung geige man unerlässlich an!).

**Verhalten bei einem Brande.** Bei Rauch, Brandgeruch oder Feuerzeichen, suche man die betreffende Stelle sofort auf. Ein ausgebrochenes Feuer erlöschne man höchst schnell durch Überwerfen von Kleidern — Männer durch eine ausgezogene Jacke — Decken, Betten, Mäntel, Schürzen, dann übergeben mit Wasser usw., wobei die Flüssigkeiten von unten her aufgeschleudert werden, u. rufe dabei um Hilfe. Alles Brennbares entferne man aus der Nähe des Feuers. Brennende Vorhänge reißt man herab und tritt die Flammen aus. Flammen in der Höhe schlägt man mit einem um einen Schrubber gewundenen nassen Tuch aus. Einen etwa vorhandenen Handfeuerlöscher oder eine Handspitze wendet man an. Türen und Fenster des betreffenden Raumes schließt man sofort, um das Feuer einzusperren und zu ersticken, auch jene zum Treppenhause, damit dieses für die Flucht der Feuerwehr qualmfrei bleibt, vermeidet auch jeden Durchzug, weil es sonst alsbald im ganzen Hause brennt! Man melde den Brand schleunigst mittels Telefon mit dem Anruf: „Feuerwache“ oder „Polizeistation“ oder beim nächsten Feuermelder. Nachts alle wecken, sodann schleunigst flüchten, wenn möglich ins Freie, sonst nach dem sichersten Raum. Möglichst viele geschlossene Türen zwischen sich und das Feuer bringen. Bei starkem Qualm auf dem Boden kriechen mit nassen Tuch oder Schwamm vor dem Munde. Im Schutzraum alle Ritzen verstopfen, durch die Rauch eindringt. Bei erstickendem Rauch Fenster öffnen. Sich der Feuerwehr am Fenster zeigen. Nicht aus dem Fenster springen, auch auf Zuruf des Publikums nicht. Anordnung der Feuerwehr genau befolgen. Sie rettet die Menschen immer zuerst in zweckmäßigster Weise. Falls Feuerwehr noch nicht da und höchste Lebensgefahr in Bezug, Verablassen von Frauen und Kindern und Kranke mit einem Rettungsapparat oder einem Rettungsseil, dann sich selbst. Wenn ein Seil fehlt, aus Bahnen eines zerhackten Reintuchs, dreifach zusammengeknüpft ein solches herstellen, wie Gefangene sich aus Gefängnissen herablassen, als letztes, aber gefährlichstes Mittel: Betten hinabwerfen oder herbeibringen lassen oder Heu, Stroh, Dung und darauf springen!

Droht einem Haus Gefahr durch Luftfeuer von außen, so schließt man sämtliche Fenster, Lüden und Dachluden; hält auf dem Speicher viel Wasser bereit, stellt sich auf dem Dache mit Wassereimern und nassen Besen auf, um die Funken auszufangen.

**Wasserverbreitung.** Eine Feuerwehr ohne Wasser ist machtlos wie ein Heer ohne Munition. In jeder Gemeinde sollte schon deshalb eine Wasserleitung sein und womöglich noch ein Feuerweiser für große Dürre. Bei starker Kälte müssen die Hydranten zum Anschrauben der Schläuche gebrauchsfertig erhalten werden.

**Feuerversicherung.** Jeder sollte seine Habe unbedingt versichern und zwar die Unmittelbareren erst recht! Der Beitrag ist klein, die Gefahr, gänzlich zu verarmen, aber sehr groß, besonders in der Jetztzeit, wo viele dann ihre Fahrnisse gar nicht mehr anschaffen könnten!

### Badische Uebersicht.

#### Finanzminister Köhler über soziale Aufgaben.

Finanzminister Köhler sprach auf einer am letzten Sonntag stattgehabten Versammlung des Bezirksverbandes Karlsruhe der katholischen Arbeitervereine über die Aufgabe der nächsten Zeit auf sozialem Gebiet. Dabei führte er u. a. aus: „Auch die Frage der Besoldung der Staatsbeamten muß in der allernächsten Zeit endlich einmal zum Abschluß gebracht werden. Dazu ist notwendig, daß die Angelegenheit der Ortsklasseneinteilung mit aller Beschleunigung und endgültig gelöst wird. Das jetzige System der Ortsklasseneinteilung ist unbedingt abzulehnen. Die Zahl der Ortsklassen muß verringert werden. Es genügt eine Großstadtklasse, in die Berlin, Hamburg und einige weitere außerordentlich teuren Kläse

kommen, eine weitere Klasse soll alle übrigen Städte und Gemeinden des Reiches umfassen mit Ausnahme von den allerbilligsten Dorfgemeinden, die man in eine letzte Klasse zusammenfassen könnte. Dabei soll die Einteilung nicht nach einzelnen Kläsen, sondern nach Territorien erfolgen. Diese Art der Einteilung müßte aber umgehend durchgeführt werden. Es geht nicht an, daß man die Beamtenzahl monatlang in Proteststimmung erhalte, um ihnen dann schließlich das doch zu geben, was notwendig sei. Wer schnell gibt, gibt doppelt, sei ein Grundsatz, der auch hier gelten müsse, und zwar sollte die ganze Regelung mit Rückwirkung etwa auf 1. April d. J. durchgeführt werden. Gewiß koste sein Vorschlag einige hundert Millionen. Aber der jetzige Zustand könne unmöglich lange beibehalten werden und im übrigen rentiere sich das auf diese Weise zur Beseitigung berechtigter Unzufriedenheit aufgewendete Geld erfahrungsgemäß reichlich. Ohne einen zufriedenen Beamtenstand seien weder Reich noch Land in der Lage, die so schweren Aufgaben der nächsten Zukunft befriedigend durchzuführen.

Ebenso müsse auch die Staffelung der Teuerung- und Kinderzuschläge nach seiner Auffassung so rasch als möglich beseitigt werden. Er werde sich für diese Verwirklichung dieser beiden Gedanken auf der diese Woche stattfindenden Finanzministerkonferenz in Berlin kräftig einsetzen. In der Frage der Behebung des ungeheuren Notstandes, in dem sich unsere Kleinrentner befinden, müsse man endlich auch einmal aus dem Stadium der Erwägungen herauskommen. Der Gedanke, den Kleinrentnern gegen die Abtretung ihres Vermögens eine Rente auf Lebenszeit zu bezahlen, habe außerordentlich viel für sich. Er habe Auftrag gegeben, in seinem Ministerium eine Vorlage in diesem Sinne vorzubereiten und hoffe, sie baldigst dem Landtag mitteilen zu können, vorausgesetzt, daß nicht — was das Beste wäre — das Reich sich der Sache annimmt, denn die Regelung könne umso besser erfolgen, je umfassender und größer der Personenkreis ist, auf den sie sich erstreckt.“

Die Ausführungen fanden begeisterte Zustimmung.

#### Obermeistertag des badischen Bäckerinnungsverbandes.

Der badische Bäckerinnungsverband hielt vor einigen Tagen in Offenburg im Beisein von Vertretern der Behörden und der Landesregierung seinen diesjährigen Obermeistertag ab, der aus allen Landesstellen sehr gut besucht war. Die Organisation des Verbandes ist nun auf das ganze Gebiet Baden ausgedehnt und umfaßt sämtliche 83 Innungen mit rund 8800 Mitgliedern. Die Kassenverhältnisse sind befriedigend.

Die Beratungen erstreckten sich in der Hauptsache auf die Umgestaltung der Getreide- und Mehlbewirtschaftung im neuen Erntejahr, den Getreidebezug, das Getreidewohl, Neuregelung des Verdienstfaches für Bäckerinnen, Genossenschaftswesen und das in Vorbereitung befindliche Handwerkergesetz mit den damit in Zusammenhang stehenden Fragen. Neben zwei Entschliessungen zu den vorliegenden Gesetzentwürfen eines Reichsarbeitsstativvertrages und eines Reichsmanteltarifs für das Bäckergewerbe wurde eine solche zur Bewirtschaftung der Getreideernte 1921 einstimmig angenommen, in der es heißt: „Die Vertreter des badischen Bäckerinnungsverbandes nehmen den Standpunkt ein, daß bei sofortiger Ergreifung geeigneter Maßnahmen, insbesondere bei Einfuhr ausreichender Mengen Auslandsgetreide bis zum 15. August d. J. um einer ungerechtfertigten Steigerung für Inlandsgetreide vorzubeugen, die freie Wirtschaft für Getreide und Mehl zu Beginn des Erntejahres 1921 eingeführt werden könnte. Die Verfammlen erklären sich auch mit der Einführung des Umlageverfahrens für eine Übergangszeit einverstanden, verlangen aber unter allen Umständen Beseitigung der in § 38 des Entwurfs vorgesehenen Revisionsbestimmungen für das Bäckergewerbe. Die Revisionsbestimmungen, die vielfach schärfend durchgeföhrt wurden, öffnen der Willkür Tür und Tor, sie sind schuld an der großen Erregung im Bäckerinnungsverband, rufen Verärgerung hervor und werden einen Zweck nie erzielen. Die Kommunalverbände besitzen in der Brotmarkenablieferung eine ausreichende Kontrolle über die Verwendung von rationiertem Mehl. Die Beseitigung der Revisionsbestimmungen aus dem Gesetzentwurf wird daher mit allem Nachdruck gefordert. Verlangt wird ferner, daß die Befugnis zur Erteilung von Einfuhrgenehmigungen auf Auslandsgetreide den Landeszentralbehörden übertragen wird und daß der freie Handel und die Organisation der mehlverarbeitenden Gewerbe in die Einfuhr und die Mehlverteilung eingeschaltet werden. Die nötigen Reichszuschüsse können durch eine Reichsausgleichsstelle auf die Länder verteilt werden.“

#### Kurze Nachrichten aus Baden.

L. Heidelberg, 28. Mai. Die hier abgehaltene Generalsammlung des Verbandes deutscher Hausfrauenvereine, die, wie wir schon gemeldet haben, hier tagte, nahm einen sehr guten Verlauf. Namens der badischen Regierung übermittelte Geh. Oberregierungsrat Künkel-Karlsruhe Grüße, besonders des Unterrichtsministeriums und verwies dabei auf die große Frage der Erziehung der weiblichen Jugend. Der im Verlauf der Tagung erstattete ausführliche Jahresbericht gab ein klares Bild der vielseitigen Tätigkeit der Organisation, die sich zu einer Berufsorganisation ausgebildet hat. Sodann sprach Fräulein Reinhold aus Bensow über die Ausbildung der Frau in der Schule. Die Rednerin betonte dabei die prinzipielle Notwendigkeit einer schulerzieherischen, gründlichen und systematischen Vorbildung der Mädchen für den Beruf als Hausfrau und Mutter. Verlangt wurde vor allem eine gründliche Einführung der weiblichen Jugend in die Kranken-, Säuglings- und Kleinkinderpflege werden. Dazu sei nötig, den Haushaltungsunterricht im letzten Schuljahr in allen Volksschulen einzuföhren. Im Anschluß hieran sprach Frau Anna Gerhardt-Altenburg über die Ausbildung der Hausfrau im Haus. Die Rednerin betonte, die Ausbildung der Hausangestellten sollte von den Hausfrauen noch gewissenhafter und weitföhrender erfaßt werden. In einem öffentlichen Vortrag behandelte dann Frau Böh-Bies aus Schwarten die Auswirkung der Ententebeziehungen in der Hausführung und hob dabei vor allem auf die Ablehnung der Auslandswaren ab, durch welche die inländische Produktion unterstützt werde. Zu dieser Forderung wurde eine entsprechende Entschliessung angenommen. Es wird erwartet, daß alle notwendigen Verbote gegen Waren aus den Ländern der Entente erlassen und nachdrücklich durchgeföhrt werden.

# Freie Aussprache

Die vorstehenden unter dieser, vom Hiesigen redaktionellen Rat abgeforderten Beschlüsse sind die Darlegungen und Anregungen aus einem Beschlusse, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bedingt sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

## Für oder gegen Dr. Rudolf Steiner.

Entgegnung.

Als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Rudolf Steiner als junger Naturwissenschaftler nach eingehender Beschäftigung mit Goethe begann, die dabei gewonnenen Erfahrungen erkenntnistheoretisch zu verarbeiten, da fand er zunächst von fast allen Seiten weitgehende Anerkennung. Aber schon als er dann dazu überging, in Weiterbildung Goethe'scher wissenschaftlicher Denkungsart eigene Wege zu gehen, da begann die Zeit, in der er immer mehr und mehr Mißverständnisse über sich ergehen lassen mußte. Nach der Herausgabe der von ihm mit ausführlichen Einleitungen und Erläuterungen versehenen naturwissenschaftlichen Schriften Goethes hatte er sich in zahlreichen Werken mit „Erkenntnistheorie“, „Goethes Weltanschauung“, mit Pichte, Nietzsche und Gaezel auseinandergesetzt, hatte neben anderem in einem zweibändigen Werke die „Welt- und Lebensanschauungen im 19. Jahrhundert“ einer eindringlichen Betrachtung und Würdigung unterzogen und in seiner „Philosophie der Freiheit“ die philosophische Grundlegung seines Lebenswerkes geliefert. Die dabei erschienenen mißverständlichen Beurteilungen veranlaßten ihn im Jahre 1901 in seinem Buche „Die Mystik im Aufgange des neuzeitlichen Geisteslebens“ auszusprechen, wie sehr ihm solche Mißverständnisse aus der Geistesart der Beurteiler heraus selbstverständlich erscheinen mußten. „Ich bin nicht verwundert darüber“, sagte er damals in Verfolgung dieses Gedankens, „männlich von der einen Seite als „Mystiker“, von der anderen als Materialist beurteilt werde.“ Der Steiner'sche Wille auf seitdem vorurteillos verfolgt und auf Grund wirklicher Prüfung sich ein Urteil über ihn zu bilden versucht hat, der weiß, daß auch heute noch im weitesten Sinne zutrifft, was er damals sagte. Man prüfe nur überall gründlich die Stellung der Beurteiler, Kritiker oder Gegner Steiner's zur Wahrheit und man wird sehen, wie gerade in dem Verhalten zu Steiner die Geistesart eines jeden sich so offenbaren gezwungen ist. Einfach achtelnd vorbeigehen aber, wie das die offizielle Welt Deutschlands bisher meist beliebte, kann man heute an Rudolf Steiner nicht mehr. Das gewaltige Lebenswerk dieses Mannes fängt trotz des bisherigen verächtlichen Lächelns an, sich durchzusetzen in der Beachtung der Welt. In den seit lange — nicht erst seit 1918 — festzustellenden Zusammenbruch des materialistisch orientierten Alten stellt sich mit Steiner ein Neues hinein, das voll ist der lebendigsten Energien des Aufbaues. Die alte Welt hat zu Krieg, Diktaturen und „Sanktionen“, die alte Weltanschauung zu Massenkampf, Generalstreik und Bolschewismus geführt, während die Führerin dieser Zeit, die bisher allgemein herrschende mehr oder weniger mathematisch-mechanistische Denkart die vermeintlichen Sicherheiten ihrer Ergebnisse täglich relativiert, und die Grenzen enger und enger werden sah, über die sie nicht hinaus zu kommen vermag. Demgegenüber hat die an Goethe anknüpfende anthroposophisch orientierte Geisteswissenschaft, wie sie Rudolf Steiner vertritt, ohne je die Grundrichtung seines Strebens verändert zu haben, neue Wege gezeigelt, neue Kräfte entwidelt und Einsichten gewonnen, die die alten Grenzen durchbrechen. Doch nicht theoretisch nur, wie viele fürchten, denn alle ihre Ergebnisse sind nachprüfbar und eigener Erfahrung zugänglich. Wo man auch immer bisher gründlich und vorurteillos genug die Prüfung vornahm, fand sich bewahrheitet, was nach ihren Methoden erkannt ist. In das soziale Chaos aber, in das wir immer tiefer hineingegeraten drohen, krachten von solcher Wissenschaft Impulse des Aufbaues aus, die allen fähig sind, plangemäße Evolution in Gang zu bringen, wo andernfalls gewaltsame Ausbrüche die Menschheit immer noch furchtbare werden erschüttern müssen.

Eine Fülle der verschiedenartigsten Schriften ist seit Jahrhundertanfange von Rudolf Steiner in die Welt hinausgegangen. Wenn selbst nur die wären, die heute allgemein zugänglich sind, wäre es schon eine gewaltige Leistung. Daneben aber stehen noch ausgebeutete zweite in Form von als Manuskript gedruckten, zunächst nur für die Mitglieder der anthroposophischen Gesellschaft zugänglichen Vortrags-Nachschriften, die erst im Laufe der Zeit nach Durchsicht dem größeren Publikum zugänglich gemacht werden können. Doch auch nach deren Kenntnis wird man erst dann die Ganzheit dieser Persönlichkeit ahnen und erfassen vermögen, wenn man auch die praktisch künstlerische und soziale Wirksamkeit berücksichtigt, die von ihr ausgeht. Ist es doch u. a. Steiner's Werk, das uns in dem Zentralbau der freien Hochschule für Geisteswissenschaft, dem „Goetheanum“ in Dornach bei Basel entgegentritt, bei dessen Bau die geisteswissenschaftliche Einstellung bewirkt, daß die Kriegszeit hindurch Angehörige der verschiedensten Nationalitäten, so vor allem auch der Kriegführenden, als Helfer bei dem großen Werke brüderlich zusammenhielten, in dem auch heute noch in der einzig möglichen geistigen Weise großzügig an der Völkerveröhnung gearbeitet wird.

Ist schon um diese Leistungen der Geisteskampf entbrannt, in dem eines Tages niemand mehr wird unbeteiligt zur Seite stehen können, dann noch mehr um das, was an sozialen Aufbaumomenten sich von Steiner ausgeht als die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ wirklichkeitsgemäß in die Welt hineinsetzt. Würde man nur vorurteillos prüfen, was das — wie ich das bei jedem bisher noch fand, der sich zu solcher Prüfung herbeiließ — die Richtigkeit und Genauigkeit der zugrunde liegenden Beobachtungen, die Klarheit der Schlüsse und Folgerungen zugabe und sich durch die Notwendigkeit der zu beweisenden Gesetzmäßigkeiten bestimmen ließe, diese Idee weiter und immer weiter im Volk zu verbreiten. Das sehen oder fühlen die Gegner auch, und so geht denn ihr Streben ganz allgemein dahin, das Volk von der eigenen Prüfung der Gedanken möglichst vollkommen abzuhalten. „Ja warne euch, euch mit dieser bürgerlichen Ideologie überhaupt einzulassen“ hört man von den Sozialisten: „Für oder gegen Steiner heißt zugleich für oder gegen den Staat“ lautet die Warnung, wenn sie dem geruchsamem Bürger gruselig machen soll. Und so wird meist weiter „gearbeitet“ in der Erwartung, daß doch irgend etwas hängen bleibe bei dem Leser, wenn er auch bei manchem vielleicht die Absicht erkennt.

So beachte man die Tendenz des in Nr. 76 der sonst in diesen Dingen so erfreulich sachlichen „Karlsruher Zeitung“ erschienenen Angriffs eines ungenannten Gegners. Schon die ersten Worte graben beim Leser dem Angegriffenen leicht die Ehre ab, indem der als fälschlicher Berichterstatter sich gebärdende Kritiker ihn gleich als den „vielgewandelteren“ vorstellt. Oder man merke darauf, wie geschickt dieser Kritiker in derselben Absicht operiert, wenn er den Maßnahmen des „vorn“ (Steiner's) „so viele gutgläubige und ehrlich wollende

Menschen zum Opfer fallen“ läßt. Ist es da anders möglich, als daß ganz unbemerkt im Urteil des Lesers der „andere“ als nicht gutgläubig und nicht ehrlich wollend angesehen ist! Und so geht es weiter. Man lese den Artikel einmal aufmerksam daraufhin durch, um zu sehen, wie oft solche Urteile im Unterbewußtsein des Lesers festgelegt werden, ohne daß auch nur im geringsten die Unterlagen zu eigener bewußter Urteilsbildung beigebracht werden. In dem von Dr. Dr. Friedrich Mittelmeher-Berlin herausgegebenen überaus lesenswerten Gesamtwerke „Zum Lebenswerk Rudolf Steiners“ sagt der Herausgeber an einer Stelle (S. 2): „Die Nachwelt mag das Urteil sprechen, ob wir recht gesehen haben. Die Gegenwart scheint ihr eigenes Wertungswort begraben zu wollen unter Vorurteil, Leidenschaft, Kleinheit, Unverständnis.“

Ein solcher Satz wird uns insbesondere dann leicht verständlich, wenn man an Beispielen wie dem angeführten Artikel mit ansehen muß, wie gerade die bedeutungsvollsten Möglichkeiten eines gesunden Renaissances dadurch beseitigt werden sollen, daß man die Zeitgenossen verhinbert, ein eigenes freies Urteil über solche Einrichtungen sich zu bilden, die aus dem neuen Impuls hervorgegangen, jetzt schon verfaulen, Keime und Anfänge des Künftigen erwachen zu lassen. Wer nur einmal, wenn auch ganz oberflächlich nur, die Grundgedanken der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ zur Kenntnis genommen, der weiß, wie hier gegenüber dem heutigen Einheitsstaat, in dem die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen und Aufgaben letzten Endes von einer Körperkraft nicht sachgemäß zusammengefaßt auf Grund von Mehrheitsentscheidungen entschieden werden, eine sachgemäße Gliederung als das einzig Mögliche erkannt wird. Der weiß, wie diese Erkenntnis, ähnlich wie es schon Wilhelm v. Humboldt und Ed. v. Hartmann verlangten, dem demokratisch ausgefallenen politischen Staat alle jene Aufgaben zumeist, die wirklich in demokratischer Gleichheit durch gleiche Gesetze für alle gesund geregelt werden können. Das sind die Gebiete des öffentlichen Rechts und Fragen, wie Schutz der persönlichen Sicherheit, Arbeitsrecht, Eigentumsrecht gehören hierher. Hierin bleibt alles dem Staat, und es ist nicht wahr, wenn man unterfährt, was eben schon zitiert wurde, oder gar es noch deutlicher dahin zum Ausdruck bringt, daß man sagt, Steiner wolle „los vom Staat“ auch „im Recht“, aber „der Staat soll auf diese Weise überflüssig werden“. Das ist einfach nicht wahr, sondern richtig ist, daß dem Staat bleibt, was des Staates ist: Schaffer und Hüter des Rechts zu sein!

Und richtig ist auch, daß alle sachgemäße Entscheidungen fordernden wirtschaftlichen und geistigen Fragen aus dem Gebiete des politischen Kampfes hinaus in die Bereiche sachverständiger Selbstverwaltungsorganisationen der Beteiligten gehoben werden müssen, wenn eine Gesundung möglich sein soll. So wird denn bei dem Unschicksal dieser Einsicht neben dem demokratischen Rechtsstaat einerseits ein sich selbst verwaltender Wirtschafts- und andererseits ein ebensolcher Kultur- oder Geistesorganismus entstehen.

Der Wirtschaftsorganismus wird den, dem Wirtschaftsleben selbst innewohnenden, Gesetzmäßigkeiten entsprechend sich aus der Zusammenarbeit einer Art genossenschaftlicher Verbände „Assoziationen“ von Produzenten und Konsumenten der verschiedensten Wirtschaftszweige aufbauen. Und ohne daß staatlich-bürokratische Gleichmacherei die Hand im Spiel hat, wird darin die bestmögliche Befriedigung sich ergeben, weil jeder für das, was er leistet, nicht bloß der Gegengabe, daß werthvoller Papierstücke, sondern der wirklichen Waren-Gegenleistungen der anderen gewiß ist. Was unter den jetzigen Verhältnissen von solcher Assoziationsbildung möglich ist, das hat praktische Gestalt angenommen in der „Allgemeinwirtschaft“, „Der kommende Tag“, die zur „Förderung wirtschaftlicher und geistiger Werte“ gebildet, heute schon eine größere Zahl der verschiedenartigsten Betriebe in sich vereinigt, die sich gegenseitig ergänzen und fördern, so Hand in Hand arbeiten, daß nach und nach der Grundgedanke der „Assoziation“: die Produktion nach dem Bedarf zu gestalten, wird verwirklicht werden können. Wenn dabei festgehalten werden muß, daß Besitzer der Unternehmungen die Gesellschaft ist und die bisherigen Unternehmer damit nur mehr Verwalter darstellen, wenn auch mit weitestgehenden Selbständigkeiten in der wirtschaftlich-technischen Auswertung ihrer Betriebe, und wenn weiter gesagt werden muß: „Der Reinertrag fließt der Gesellschaft zu. Allerdings nicht, um dann als Dividende den Aktionären zugeführt zu werden“ (die nur eine angemessene Vergütung erhalten), sondern um allgemeinen wirtschaftlichen und geistigen Nutzen nutzbar gemacht zu werden, dann muß man, meine ich, doch schon aus feststellen, daß mit dieser Abschaffung des „Mehrwerts“ zugunsten der Allgemeinheit, doch schon allerlei auf dem Wege zur Lösung der sozialen Frage beigetragen ist. Der namenlose „Kommenden Tag“ selbstverständlich eins anhängen, wobei dem Angesehen möglichst wieder eine Gänsehaut beigebracht werden soll. Was die staatlichen Steuergebühren bestimmen, das versucht er denn leicht in den bösen Menschen um Steiner in die Schuhe zu schieben. Neben dem wirtschaftlichen wird nach seiner gänglichen andersartigen Eigengesetzlichkeit, andererseits das geistig-kulturelle Glied aus dem heutigen Einheitsstaate sich herauszuliefern befreit sein. In völliger Freiheit werden Künste, Wissenschaft, Kunst und Wissenschaft, also auch Erziehungs- und Unterrichtsweisen sich gesunde Lebensformen zu erbauen vermögen. Auch hieron stellt die „freie Waldorfschule“ in Stuttgart einen Anfang dar, der uns zu zeigen vermag, wie blühendes geistiges Leben sofort überall aufsprüht, wo ohne staatliche Abstemmung, und Einengung, bloß aus dem Bedürfnis des eigenen Wahrheitsglaubens und Verantwortungsbewusstseins heraus der Einzelne sich geistig betätigt. Wer sich durch die „kritische“ Leistung, der hier entgegengetreten werden sollte, nicht wird abschrecken lassen, die Dinge zu prüfen, um die es sich handelt, der wird eben als Lausache finden, daß hier eine wirklich zeit- und geistgemäße Pädagogik sich so ins Leben hineinsetzt, daß einer ständig größer werdenden Schaar von Kindern aller Stände in dieser schwersten der Zeiten eine goldene Jugend beschert wird, die ihnen zudem in scharfer Schulzeit, eine allgemeine Bildung von solchem Umfang und solcher Tiefe vermittelt wird, wie man sie heute nur sehr selten findet, und ein praktisches Anfaßen des Lebens dazu, wie es bisher noch kaum möglich war. Und anschließend an die Waldorfschule und an das „Goetheanum“ in Dornach erwachsen „freie anthroposophische Hochkulturen“ der verschiedensten Fachgebiete, die in der Weiterbildung der Naturwissenschaft über ihre heutigen Grenzen hinaus die Fruchtbarkeit der Steiner'schen Methoden durch ihre Ergebnisse erweisen werden. Doch oder vielmehr gerade infolge aller Anfeindungen der gekennzeichneten Art, wie sie jetzt von mehreren Seiten und insbesondere von dem Kreise um General v. Gleich verbreitet werden, dessen Angriffe übrigens sein eigener Sohn Sigismund v. Gleich in einer Keinen Schrift „Wahrheit gegen Unwissenheit über Rudolf Steiner“ als üble Hebe zurückzuweisen sich veranlaßt sah, sollten die wirklich selbständig denkenden Zeitgenossen erkennen, wie notwendig es ist, sich endlich eingehend mit Steiner zu beschäftigen. Denn nur so wird man auf Grund eigener Kenntnis

schließlich selbständig urteilen und Stellung nehmen können in dem geistigen Kampfe, von dem mehr abhängen wird, als die meisten heute nur ahnen: die Zukunft der Menschheit.

Alfred Ludwig Wechslein.

Im Zusammenhang mit dem vorstehenden Artikel sei hier noch eine Äußerung wiedergegeben, die zeigt, wie sehr die Urteile über Steiner auseinandergehen.

Im „Völkischer“, der in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift für die Anhänger der Völkische, schreibt Otto Debatin zu den Bestrebungen Rudolf Steiners folgendes:

„Wie viele, kann auch ich Steiner und seine ganze geistige, wissenschaftliche Bewegung nur für eine höchst gefährliche Betrügerleistung, für eine besonders bedauerliche Krankheitserscheinung unseres ohnehin kranken sozialen Organismus halten. Gefährlich, weil uns hier die unendlich schwierige, all unsere Kraft erfordern die Wiederherstellung unseres Staats- und Wirtschaftslebens als so einfach geschildert wird: Dreigliedert, und ihr habt geschafft! Gefährlich, weil dieser neue Prophet und seine Geistesjünger noch mehr Unruhe und Verwirrung, noch mehr Irrlichterei in unsere ruhelose, überreizte Zeit bringen. Gefährlich vor allem wegen der raffinierten, den Eigenwillen und das Eigenurteil lähmenden Suggestion, die von Steiner ausgeht. ... Und ich habe nur einmal eine gefühlsmäßige Abneigung gegen eine „geistige“ Bewegung, in der Internationalen, Zigarettenreklame, Hirtal-Beiter, Dreigliederung, Schulreform, Helferei, Oberkloster, eurythmische Langkünste, alle paar Jahre neue Weltanschauungen, Tempelarchitektur, Seelenübungen, wirtschaftliche Assoziationen und noch vieles, vieles andere mehr zu einer seltsamen Mischung verarbeitet werden, während gleichzeitig äußerliche Trennung in Geist, Wirtschaft, Politik gepredigt wird. Ich bin mißtrauisch im höchsten Grade gegen die Echtheit der sozialen Bemühung von Leuten, die auf der einen Seite in „unendlich vielen und auch schönen Reden“ von bonigstem Wohlwollen für das Geistesleben des Proletariats trüben und die zu gleicher Zeit — in Zeiten höchster Not — nach Zeitungsmeldungen für den monströsen Steiner-Tempel „Goetheanum“ in Dornach bei Basel Ansummen, 5 Millionen Franken, das sind nach dem heutigen Kurs mehr als 60 Millionen Mark, übrig haben!“

## Von der Schweizer Grenze

geht uns der folgende Artikel mit der Bitte um Abdruck zu:

Bekanntlich hat die Schweizer Regierung eine Reihe neuer Einfuhrverbote erlassen, die die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz ungemein stark treffen. Für den Erfolg der schweizerischen Einfuhrverbote waren nicht nur nuchterne, kalkulatorische Erwägungen maßgebend, sondern es spielten auch Stimmungsfaktoren mit und unter diesen gefühlsmäßigen Beweggründen stand die Abstimmung über die deutsche Handelspolitik an erster Stelle. Man kann es in der Schweiz nicht verschmerzen, daß Deutschland so wichtige Schweizer Erzeugnisse, wie goldene Uhren, Schokolade, Strohwaren von der Einfuhr rigoros abschließt, obwohl der Kaufmann der deutschen Währung und die hohen Preise der Schweizer Ware hinreichenden Schutz gegen ein übermäßiges Anstücken der betr. Einfuhr bieten. Daß die deutschen Industrieverbände der betr. Geschäftszweige sich gegen die Konkurrenz des Auslandes wehren, ist durchaus verständlich. Daß aber trotz zahlloser Warnungen aus der Schweiz keine Stelle in Deutschland auf höherer Ebene über die Interessen der einzelnen Industrien hinaus die Wirkung auf das Ganze überblickt, das rächt sich heute bitter.

Die Schweizer Industriellen der genannten wichtigsten schweizerischen Exportartikel sind vielermaßen Herren. Sie sitzen in den Ausschüssen und anderen industrieller Unternehmungen, sie bestimmen vielfach die Gestaltung der Schweizer Kantien, sie beherrschen in weit größerem Umfang, als man sich in Berlin träumen läßt, die öffentliche Meinung der Schweiz und sie haben es trefflich verstanden, auch den schweizerischen Verbraucher von der Wichtigkeit des Standpunktes zu überzeugen: „Wie Du mir, so ich Dir!“ In einer Versammlung der schweizerischen Landesgruppe der Reichiger Mehrinteressenten wurde dies von seiten eines schweizerischen Fabrikanten klipp und klar ausgesprochen. Er hat damit nur der Stimmung Ausdruck verliehen, die seit Monaten gärt und die über die Bedenken der eidgenössischen Regierung gegnigt hat. Manches der ergebnissen Einfuhrverbote hätte sich nach unserer Überzeugung vermeiden lassen, wenn die deutsche Handelspolitik beizigen erst hätte, daß der internationale Handel sich nicht einseitig aufs Nehmen beschränken darf, sondern dem anderen Lande auch etwas geben muß.

Wir dürfen es uns nicht verhehlen: wir befinden uns im Wirtschaftskrieg mit der Schweiz. Das kommt recht deutlich zum Ausdruck in der Tatsache, daß einige der mit allgemeiner Geltung gegen alle Länder erlassenen Einfuhrverbote infolge einer internen, nicht veröffentlichten Dienstanweisung an die schweizerischen Zollorgane nicht gehandhabt werden, soweit es sich um Waren handelt, welche über die schweizerisch-französische, bzw. ital. Grenze in die Schweiz eingeführt werden. Damit ist den betr. Einfuhrverbote der Charakter der Repressalie gegenüber Deutschland unmerkbar aufgeprägt und man kann nur schmerzlich bedauern, daß es soweit kommen mußte.

## Strafporto.

Man schreibt uns:

Die Post erhöht z. Bt. bei mäßiger oder unzureichender freigemachten Dienstbriefen und Dienstpostkarten der Behörden, die als portofreie Dienstbriefe erkennbar gemacht sind, außer der fehlenden Freigebühr einen Zuschlag von 30 Pf. und begründet diese Erhebung mit den vermehrten Dienstleistungen und Ausgaben, die die Berechnung und Einziehung des Postos verursachen. In den Kreisen von Handel und Industrie, die naturgemäß besonders häufig in die Lage kommen, Strafporto für derartige Sendungen entrichten zu müssen, steht man auf dem Standpunkt, daß diese Gründe der Post nicht durchschlagend sind. Das Gesetz über die Postgebühren kann wohl Anwendung finden für ungenügend frankierte Briefe. Keineswegs sollte es aber soweit ausgedehnt werden, daß Private wegen formeller Fehler von Behörden mit Strafporto belegt werden. Die Handelskammer Karlsruhe, die in der Angelegenheit bereits einmal bei der Oberpostdirektion aber ohne Erfolg vorstellig geworden war, hat sich nunmehr an den Deutschen Industrie- und Handelsstag mit der Bitte gewandt, Maßnahmen zur Befreiung dieser ungerechtfertigten Belastung zu ergreifen.